

Privatisierung verhindern

NACHGEFRAGT bei Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin der Linksfraktion für Verkehrspolitik

„Keine Privatisierung von Autobahnen und Fernstraßen in Thüringen“, dazu debattierte auf Antrag der LINKE-Fraktion der Thüringer Landtag in einer Aktuellen Stunde am 27. Januar. Aus welchen Überlegungen heraus?

Mir war es in der Debatte wichtig vorzuschicken, dass es sich ja schon länger abgezeichnet hat, dass ein großer Teil der gesamten Verkehrsinfrastruktur auf einen bedenklichen Zustand und auf Substanzverzehr hinsteuert. Zu den Ursachen gehören die unzureichende Bereitstellung von Bundesmitteln, Erhaltungsmaßnahmen wurden unterlassen zugunsten von Neubauvorhaben, die Verkehrsdichte hat sich enorm erhöht, aber es fehlen auch langfristige Planungen und eine vernetzte Betrachtung der gesamten Verkehrsinfrastruktur mit einer deutlichen Priorisierung der Schienenwege.

Wie sind die Regelungen und was ist geplant?

Bisher hat der Bund den Unterhalt und den Ausbau der Autobahnen und Bundesfernstraßen bezahlt. Die Länder haben die beschlossenen Ziele umgesetzt. Nunmehr sollen in einer neu zu schaffenden Bundesfernstraßengesellschaft beide Bereiche gebündelt werden. Als Anstalt öffentlichen Rechts soll eine privatrechtlich organisierte „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ entstehen. Derzeit wird die dazu notwendige Grundgesetzänderung vorbereitet. Daher war es uns wichtig, im Thüringer Landtag zu diesem Vorhaben Position beziehen.

Inwiefern droht eine Privatisierung von Autobahnen und Fernstraßen?

Die Bundesregierung plant, die Beteiligung privater Investoren am Stra-

ßenbau zu erhöhen. Dafür soll möglicherweise auch Eigentum aus dem Bundesfernstraßennetz an private Kapitalgeber veräußert werden. So wird der Einfluss privaten Kapitals auf die zu gründende Infrastrukturgesellschaft ermöglicht oder eventuell durch Tochtergesellschaften realisiert. Es läuft auf jeden Fall darauf hinaus, einen Privatisierungszugriff



auf öffentliche Infrastruktur zuzulassen. Das muss verhindert werden. Es wäre fatal, wenn es im Zuge der neuen Bund-Länder-Finanzierung zu einer schleichenden Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur kommt mit den entsprechenden Konsequenzen für die Länder.

Was genau spricht gegen die Beteiligung privater Kapitalanleger?

Sie kommt der Allgemeinheit meist teuer zu stehen, denn Renditeerwartungen müssen erfüllt werden. Eine Analyse des Bundesrechnungshofs weist im Zusammenhang mit den Autobahnen und Fernstraßen auf den möglichen Verkauf von Tochterfirmen, auf ÖPP-Modelle (öffentlich-private Partnerschaften), stille Beteiligungen und ähnliches hin. Es kann Fremdkapital eingesetzt und über

den Bundeshaushalt gesichert werden. Dies alles wäre zudem völlig intransparent. Parlamente und Bürgerinnen und Bürger verlieren Einfluss auf Verkehrspolitik. Ungeklärt sind zudem die Beschäftigungsverhältnisse in der Auftragsverwaltung in den Ländern, ungeklärt auch die Möglichkeit, regionale Unternehmen zu beteiligen. Der Bundesrechnungshof hat sich die sechs bislang durchgeführten ÖPP-Autobahnprojekte angeschaut und festgestellt, dass fünf davon in der Wirtschaftlichkeit schlechter abschneiden als bei staatlicher Auftragsverwaltung. Es entstanden Mehrkosten von 1,9 Milliarden Euro.

Ministerpräsident Bodo Ramelow will das so nicht hinnehmen?!

Ja, er hat auf der im Oktober stattgefundenen Konferenz von Bund und Ländern eine Protokollerklärung abgegeben. Das unveräußerliche und vollständige Eigentum des Bundes an Autobahnen und Straßen sowie an der Infrastrukturgesellschaft soll in der beabsichtigten Grundgesetzänderung festgeschrieben werden.

Notwendig ist, dass das Straßennetz öffentliches Eigentum bleibt, die Länder politisches und fachliches Mitspracherecht haben, die Beteiligung der Öffentlichkeit an Bauvorhaben nicht eingeschränkt werden darf und dass die Arbeitsplätze in der bisherigen Auftragsverwaltung der Länder gesichert werden. Staatssekretär Dr. Klaus Sühl hatte dazu im Landtag betont, dass die Gewährleistung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur eine Daseinsvorsorge und damit Aufgabe des Staates ist. Daher lehnt die Landesregierung eine Beteiligung Privater ohne Wenn und Aber ab. Die durch die Bundesregierung vorgesehenen Privatisierungsschranken sind aus Sicht des Freistaats Thüringen unzureichend.

Spenden von über 1,15 Millionen Euro

Wie kürzlich im „Freien Wort“ nachzulesen war, hat der LINKE Landtagsabgeordnete Steffen Harzer dem Meininger Briefmarkenverein einen Spendenscheck der Alternative 54 Erfurt e.V. übergeben. Mit dem Geld soll die Jugendarbeit des Vereins mit dem Evangelischen Gymnasium Meiningen unterstützt werden.

Die Landtagsabgeordneten der LINKEN helfen auf diese Art und Weise schon seit vielen Jahren überall im Lande Vereinen, Projekten und Initiativen mit Spenden für konkrete Vorhaben.

Aus Protest gegen die automatische Diätenerhöhung nach Artikel 54 der Landesverfassung – eine



Klage der Fraktion vor dem Landesverfassungsgericht in Weimar war leider nicht erfolgreich – hatten im Jahr 1995 die Landtagsabgeordneten der PDS den Verein Alternative 54 Erfurt e.V. gegründet. Sie lassen damit Gelder aus ihren automatischen Diäten-Erhöhlungen als Spenden gemeinnützigen Vereinen, Initiativen und Projekten zukommen.

Seit Gründung des Vereins vor 21 Jahren wurden mehr als 1.157.000 Euro aus den Abgeordneten-Diäten gespendet.

FRAKTION IN AKTION

Opel-Standort

Die Fraktion DIE LINKE hatte für die Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 22. Februar (nach redaktionsschluss dieses Parlamentsreports) eine Aktuelle Stunde beantragt mit dem Titel „Chancen und Risiken der geplanten Übernahme von Opel durch PSA: Arbeitsplätze in Eisenach sichern“. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Dieter Hausold, bezeichnete in diesem Zusammenhang die Sicherung der Arbeitsplätze als „zentrale und wichtigste Frage“ und hob dazu die Forderung nach einer umfassenden Einbeziehung der betrieblichen Interessenvertretungen – Betriebsrat, Gewerkschaft – hervor. Der Abgeordnete betonte die Notwendigkeit, dass „der Landtag ein klares Zeichen setzt und sich stark macht für den Erhalt des Opel-Standorts Eisenach“.

Diskussionen vor Ort

Fragen an die LINKE-Landtagsabgeordneten und den Fraktionsvorstand können Bürgerinnen und Bürger bei den verschiedenen Veranstaltungen der Landtagsfraktion vor Ort in Thüringen an die Frau bzw. den Mann bringen. Dazu stehen die Fachexpertinnen und -experten sowie die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow bei sieben Terminen in der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ zur Verfügung.

Speziell zum Thema Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen werden sich die Diskussionsrunden am Donnerstag, den 2. März, ab 19.30 Uhr im Stadthaus Apolda und am Dienstag, den 14. März, um 18.00 Uhr im Sporthotel Mühlhausen mit dem Kommunalpolitiker der Linksfraktion, Frank Kuschel, drehen. Themenoffen sind die

Groß war das Interesse am Diskussionsangebot der Linksfraktion zur Gebietsreform im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ am 12. Januar in Saalfeld.

Dabei spielte insbesondere die Abwägung zwischen den vorgeschlagenen Möglichkeiten eine Rolle.



geplanten Veranstaltungen am 13. März um 19.00 Uhr in Suhl, am 5. April um 18.00 Uhr im Eisenacher Nachbarschaftszentrum, am 9. Mai um 18.00 Uhr im Schützenhaus Ronneburg, am 16. Mai um 19.00 Uhr in Weimar und am 23. Mai um 19.00

Uhr in Bad Salzungen. Die parlamentarischen Gäste der jeweiligen Abende, die Programme und Abläufe werden rechtzeitig auf der Internetseite der Fraktion bekannt gegeben.